



BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

KammerInfo

Aktuelles aus Berlin:

[Bundeseinheitliches Fortbildungszertifikat](#) [Anhörung zur Bekämpfung der Computerkriminalität](#)
[Eckpunkte zur gerichtlichen Klärung der Abstammung](#) [Große Justizreform](#)
[Erbrechtsreform](#) [Förderung des ERV](#)
[Anhörung zur Reform des Versicherungsvertragsrechts](#) [ERV: Mahnantrag in Bayern](#)
[Rede der Bundesjustizministerin zum Insolvenzrecht](#) [BMF-Schreiben zu den Gebühren für verbindliche Auskünfte](#)
[Reform der Führungsaufsicht](#) [DAI](#)

Ausgabe Nr. 6/2007 v. 29.03.2007

Aktuelles aus Berlin:

Bundeseinheitliches Fortbildungszertifikat

Die BRAK bietet Rechtsanwälten die Möglichkeit, mit einer Bestätigung ihrer Fortbildungsmaßnahmen – in Form des [BRAK-Fortbildungszertifikats](#) – zu werben. Lesen Sie hierzu auch KammerInfo [1/2007](#). Seit Anfang März gibt die Allianz Versicherung an ihre Versicherungsnehmer einer Berufshaftpflichtversicherung Gutscheine aus, mit denen sie die Aufwandsentschädigung für das BRAK-Fortbildungszertifikat übernimmt.

Eckpunkte zur gerichtlichen Klärung der Abstammung

Das BMJ hat am 28.03.2007 [Eckpunkte zur gerichtlichen Klärung der Abstammung](#) vorgestellt. Danach soll es künftig zwei Verfahren geben, nämlich das Verfahren auf Klärung der Abstammung und die Möglichkeit der Anfechtung der Vaterschaft. Der Gesetzentwurf wird zunächst an die Ressorts der Bundesregierung sowie an Länder und Verbände zur Stellungnahme versandt. Mit einer Kabinettsbefassung ist nach Aussage des BMJ noch im ersten Halbjahr 2007 zu rechnen. Das BVerfG hatte den Gesetzgeber in seiner Entscheidung vom 13.02.2007 ([1 BvR 421/05](#)) aufgefordert, bis zum 31.03.2008 ein vereinfachtes Verfahren zur Klärung der Abstammung zu schaffen. Lesen Sie hierzu auch KammerInfo [3/2007](#).

Erbrechtsreform

Am 16.03.2007 stellte die Bundesjustizministerin Eckpunkte einer geplanten Reform des Erbrechts vor. Danach soll das Pflichtteilsrecht reformiert und die erbrechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten ausgebaut werden. Lesen Sie hierzu die [BMJ-Pressesmitteilung v. 16.03.2007](#).

Anhörung zur Reform des Versicherungsvertragsrechts

Vor dem Rechtsausschuss fand am 28.03.2008 eine öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des Versicherungsvertragsrechts ([BT-Drs. 16/3945](#)) statt. Ziel des Entwurfs ist es, Versicherte gegenüber den Unternehmen der Versicherungswirtschaft in Zukunft deutlich zu stärken und insbesondere das Recht der Lebensversicherung zu modernisieren. In den [Stellungnahmen der Sachverständigen](#) wurden die geplanten Neuregelungen grundsätzlich begrüßt. Wir berichteten zu diesem Thema in KammerInfo [3/2007](#) und [23; 7](#) sowie [4/2006](#).

Rede der Bundesjustizministerin zum Insolvenzrecht

In der [Rede der Bundesjustizministerin Zypries v. 22.03.2007](#) äußerte diese sich zu zahlreichen Reformvorhaben innerhalb des Insolvenzrechts. Schlusssatz ihrer Ansprache war: „Auch für das Insolvenzrecht gilt: Um gute Gesetze zu machen, braucht mein Ministerium auch den klugen Rat der Praktiker“. Neben dem Gesetz zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge (vgl. [BT-Drs. 16/3844](#) und KammerInfo [19, 12](#) und [6/2006](#) sowie [18, 16](#) und [15/2005](#)) und dem Gesetz zur Vereinfachung des Insolvenzverfahrens (vgl. [BT-Drs. 16/4194](#) KammerInfo [19](#) und [12/2006](#)) thematisierte sie insbesondere den [Entwurf eines Gesetzes zur Entschuldung völlig mittel-loser Personen und zur Änderung des Verbraucherinsolvenzverfahrens](#). Lesen Sie hierzu auch KammerInfo [12/2006](#).

Reform der Führungsaufsicht

Der Bundestag hat am 22.03.2007 – aufgrund der [Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses – BT-Drs. 16/4740](#) – den Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Führungsaufsicht ([BT-Drs. 16/1993](#)) unter der Überschrift „Gesetz zur Reform der Führungsaufsicht und zur Änderung der Vorschriften über die nachträgliche Sicherungsverwahrung“ in Form der [BR-Drs. 192/07](#) angenommen. Die Führungsaufsicht soll Straftätern mit ungünstiger Sozialprognose und Schwerkriminellem nach der Verbüßung ihrer Haft oder dem Ende ihrer Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus eine Lebenshilfe für den Übergang in die Freiheit geben.

Bereits am 19.03.2007 fand eine öffentliche Anhörung des Rechtsausschusses zum [Entwurf des BMJ – Ergänzung der Sicherungsverwahrung](#) statt. Durch diesen Entwurf, der nun im Rahmen der Reform der Führungsaufsicht aufgegangen ist, soll eine Gesetzeslücke bei der Sicherungsverwahrung gefährlicher Straftäter in Ostdeutschland geschlossen werden, was von der Mehrheit der [Sachverständigen](#) begrüßt wurde ([Stellungnahmen der Sachverständigen](#)).

Anhörung zur Bekämpfung der Computerkriminalität

Bei einer Anhörung des Rechtsausschusses zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Bekämpfung der Computerkriminalität ([BT-Drs. 16/3656](#)) am 21.03.2007 haben die [Sachverständigen](#) die vorgeschlagenen Neuregelungen mehrheitlich begrüßt ([Stellungnahmen der Sachverständigen](#)). Mit dem Entwurf sollen zwei Abkommen des Europarates und der EU in deutsches Recht umgesetzt werden. Vorgesehen ist eine schärfere strafrechtliche Verfolgung von Computerkriminalität, nach künftig u.a. bereits der bloße unbefugte Zugang zu einem Computer- und Informationssystem („Hacking“) strafbar sein soll.

Große Justizreform

Das Justizministerium Rheinland-Pfalz steht den Plänen, im Rahmen einer sog. Große Justizreform die allgemeine Berufungsinstanz zugunsten einer Zulassungsberufung abzuschaffen, ablehnend gegenüber. Dies geht aus einer [Pressemeldung v. 26.03.2007](#) hervor. Auch die BRAK kritisierte in der [BRAK-Stellungnahme-Nr. 4/2006](#) die Überlegungen, eine Zulassungsberufung im Zivilverfahren einzuführen. Lesen Sie zu diesem Thema auch die vorherigen Stellungnahmen der BRAK zur „Großen Justizreform“ (BRAK-Stellungnahmen [18/2005](#) und [29/2005](#)) sowie KammerInfo [3/2006](#), [18](#), [14](#) und [13/2005](#).

Förderung des ERV

Wie bereits in KammerInfo [5/2007](#) berichtet, wurde am 15.03.2007 der [Zehn-Punkte-Plan der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder und der Berufskammern und –verbände der Rechtsanwälte und Notare zur „Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs“](#) im Rahmen einer Pressekonferenz auf der CEBIT vorgestellt. Ziel dieses Maßnahmenkatalogs ist es, den Verbreitungsgrad des elektronischen Rechtsverkehrs ([ERV](#)) zu steigern. Lesen Sie nun auch die [BMJ-Presseerklärung v. 15.03.2007](#) und die [Pressemitteilung- Nr. 14/2007 der Berliner Senatsverwaltung für Justiz v. 15.03.2007](#).

ERV: Mahnantrag in Bayern

Mit der [PM Nr. 32/2007 des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz v. 16.03.2007](#) wurde bekannt gegeben, dass in Bayern jetzt auch die Möglichkeit besteht, einen Mahnbescheid zu beantragen, ohne dass zwingend ein amtlicher Vordruck beschafft werden muss. Vielmehr kann der Antrag auf weißem Papier ausgedruckt werden, wenn vorher die erforderlichen Daten über die Internetadresse [www.online-mahntrag.de](#) eingegeben werden. Weitere Informationen zum elektronischen Rechtsverkehr ([ERV](#)) in Bayern finden Sie [hier](#).

BMF-Schreiben zu den Gebühren für verbindliche Auskünfte

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat einen Erlass v. 12.03.2007 - [IV A 4 - S 0224/07/0001](#) – zu den Gebühren für die Bearbeitung von Anträgen auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft nach § 89 Abs. 3 bis 5 AO veröffentlicht. Durch diesen Erlass wird das BMF-Schreiben v. 08.12. 2006 - [IV A 4 - S 0224 - 12/06](#) -, mit dem das BMF bereits zu den Kosten der Erteilung einer verbindlichen Auskunft Stellung genommen hatte, aufgehoben. Nach dem nun [gültigen Erlass](#) gilt die Gebührenpflicht für die Bearbeitung von Anträgen auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft, die nach dem 18.12.2006 beim Finanzamt oder beim Bundeszentralamt für Steuern eingegangen sind.

DAI

Das Deutsche Anwaltsinstitut (DAI) präsentiert „Arbeitsrechtliche Schwerpunktthemen“ am 20.04.2007 in München. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Impressum

[Bundesrechtsanwaltskammer](#), Büro Berlin, Littenstraße 9, 10179 Berlin, Tel: 030/ 28 49 39 – 0 ,
Fax: 030/ 28 49 39 – 11, E-Mail: zentrale@brak.de

Redaktion und Bearbeitung: RAin Friederike Lummel; RA Stephan Göcken, Frauke Karlstedt
© [Bundesrechtsanwaltskammer](#)

Der Newsletter ist im Internet unter www.BRAK.de abrufbar.

Wenn Sie diesen Newsletter zukünftig nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie bitte eine E-Mail an
karlstedt@brak.de.